20.01.2022

Solidarische (oder soziale) Ökonomie und ein rückläufiger Aktionsplan

Die Europäische Kommission hat Anfang Dezember 2021 ihren Aktionsplan für die Sozialwirtschaft auf den Weg gebracht und sich damit das Ziel gesetzt, „eine Wirtschaft im Dienste der Menschen aufzubauen“ (1). Das ist ein schönes Glaubensbekenntnis, obwohl wir glauben, dass die Wirtschaft von Natur aus im Dienst des Menschen steht. Es sind die Ungleichgewichte, die Ungleichheiten schaffen, und zwar auf allen Ebenen, und nicht das Konzept der Ökonomie an sich. Eine sog. Sozialökonomie aufbauen zu wollen, anders und neben der Ökonomie (anerkannt dominant, echt, legitim, etc.) ist daher gleichbedeutend damit, zu akzeptieren, dass letztere keine besondere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft übernimmt, ohne die sie aber doch keine « raison d’être » hätte. Sie würde ganz einfach den „Menschen nicht dienen“.
Nicolas Schmit, bekannter EU-Kommissar in Luxemburg, übernimmt die Vaterschaft. Sein Plan zielt auf nicht weniger als „soziale Innovation“ (1) mit dem Ziel, die Sozialwirtschaft weiterzuentwickeln und „ihre Kraft für die soziale und wirtschaftliche Transformation zu stärken“ (1). Ökonomische Transformation in welchem Sinne? Im Sinne einer Unterwerfung der Sozialwirtschaft unter die Kanone liberaler Verwaltung? Es ist nicht sicher, ob dieses neue Ziel die Akteure der Sozialwirtschaft beruhigt. Darüber hinaus gibt es in diesem Aktionsplan keine Spur von Innovation.
Um jedoch bei der Innovation zu bleiben, gibt es in Europa seit mehr als zwanzig Jahren Beispiele für Experimente innovativer Unternehmen, akademischer Forschung und politischen Entscheidungen. Bereits im Jahr 2000 schlug der Europäische Rat vor, die nachhaltige Entwicklung durch drei miteinander verbundene Säulen (Soziales, Wirtschaft und Umwelt) anzugehen. Der Begriff der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen wurde dann tatsächlich zu einem politischen Thema. In diesem Zusammenhang steht die Solidarische Ökonomie (SE), teilweise auch als Sozial- und Solidarische Ökonomie (ESS) bezeichnet, die so unterschiedliche Gebilde wie Corporate Citizens, Vereine, Genossenschaften, alternative politische Netzwerke, Bürgergruppen und Forscher, hat sich als eine Reihe von Akteuren aus der wirtschaftlichen Säule definiert. Es wurde dann akzeptiert, dass eine auf Gegenseitigkeit beruhende, gemeinnützige Wirtschaft, deren Investitionen nur dem Gemeinwohl dienen und die von einer Bürgergovernance gesteuert wird, die mehrere Arten von Interessengruppen (Bürger und Politiker) einbezieht, zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen könnte.
Der Aktionsplan definiert die Akteure der Sozialwirtschaft durch eine Reihe von Prinzipien wie „Vorrang von Menschen und sozialen und ökologischen Zielen vor Gewinn, Investition eines Teils des Gewinns in die Tätigkeit und partizipative oder demokratische Governance“ (1) . Das ist sicherlich lobenswert, schweigt aber praktisch über die Legitimierung von Strukturen und die wirtschaftliche Nachhaltigkeit des Sektors. Wäre dieser also den harten Gesetzen des Marktes überlassen? Zweifellos wird der soziale Sektor hier als Nebel mit vagen Umrissen verstanden, der zur Ideologie des Marktes verdichtet wird und in die Zwangsjacke des liberalen Managements gepresst werden soll.
Dass es alternative Wege gibt, ist seit langem bekannt. Auch in Luxemburg gab es Beispiele für die Produktion kollektiver Güter und Dienstleistungen und für demokratische Regierungsführung. Herr Schmit weiß wohl, dass sein Aktionsplan eigentlich nichts Innovatives vorschlägt. Wir denken sogar, dass es symptomatisch für einen allgemein stattgefindenden Rückzieher ist, der vor einigen Jahren begonnen hat. Wir beziehen uns hier auf den Aufstieg der solidarischen Ökonomie, die seit etwa zwanzig Jahren in Luxemburg und über seine Grenzen hinaus besonders sichtbar ist. Insbesondere das Netzwerk Objectif plein emploi hat die Produktion von Gütern und Dienstleistungen entwickelt, die als von öffentlichem Interesse anerkannt sind, und gleichzeitig mit einer Governance der Gegenseitigkeit zwischen verschiedenen Schichten der Zivilgesellschaft experimentiert. Um dieses solidarische Wirtschaftsmodell „luxemburgischer Art“ zum Leben zu erwecken, haben Verbände, Bürgernutzer, Kommunen, Gewerkschaften und Ministerien zusammengearbeitet. Das Solidaritätsnetzwerk konnte funktionieren, weil es das Engagement von lokalen Mandatsträgern, Bürgern, Unternehmern, Künstlern und anderen lokalen Akteuren mobilisieren konnte. Diese Arbeit, eine Art Alchemie zwischen professionellen, freiwilligen, assoziativen, bürgerlichen und politischen Beiträgen, hat den Investitionen aus kommunalen, ministeriellen und europäischen Programmen Bedeutung verliehen. Die greifbaren Ergebnisse zu auf den ersten Blick so fernen Themen wie soziale Inklusion, Kampf gegen Armut und Isolation, berufliche Wiedereingliederung, Bürgererziehung, Ökologie und nachhaltige Entwicklung wurden wegen ihres integrativen Nutzens und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Relevanz in Luxemburg und im Ausland gelobt. Wir wagen zu sagen, dass es innovativ war.
Die LSAP (Sozialistische Partei) hat die Solidarische Ökonomie als 3. Säule des Wirtschaftsgefüges in ihr Wahlprogramm für die Parlamentswahlen 2009 aufgenommen. Es geht dann darum, ihm ebenso wie den

privaten und öffentlichen Pfeilern politische und gesetzliche Legitimation zu verleihen. Die aus den Wahlen hervorgegangene Koalition CSV-LSAP (Christlich-Soziale und Sozialisten) richtet ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie ein, das dem Wirtschaftsminister unterstellt ist. Das Arbeitsministerium seinerseits kofinanziert weiterhin Integrationsarbeitsplätze, die an Unternehmen der Solidarwirtschaft vergeben werden.
Daraus entwickelte sich ein gemischtes Finanzierungsmodell aus staatlichen, kommunalen und europäischen Mitteln und Einnahmen aus der Aktivität. Das Rückgrat dieses Finanzierungsmodells basierte auf einem Netzwerk von Vereinbarungen zwischen den Beteiligten, einige finanzierten Beschäftigung, andere Ausbildung, wieder andere Entwicklung und Forschung oder die Produktionsmittel usw. Der Europäische Aktionsplan befürwortet seinerseits nur die Mobilisierung von privatem Kapital.
Die durch klar identifizierbare Verträge gebundene Netzwerkorganisation verschaffte dem Netzwerk Solidarische Ökonomie Lesbarkeit und Handlungsflexibilität. Dabei wurden Überlegungen zu einem spezifischen Status solidarischer Wirtschaftsorganisationen angestoßen. Die traditionellen Formen des Vereins, der Stiftung, des kapitalistischen Unternehmens und der Genossenschaft können nicht alle Merkmale der Organisation der Solidarwirtschaft erfüllen. Daraufhin wurde ein Satzungsentwurf mit dem Namen Vereinigung kollektiver Interessen (AIC) ausgearbeitet, dessen Ziel es war, die verschiedenen Bestrebungen des solidarischen Unternehmens in Einklang zu bringen: demokratische Führung, pluralistische Finanzierung und Ziele (nachhaltige Entwicklung, Gemeinnützigkeit sowie soziale und kulturelle Eingliederung).). Kurz gesagt, ein neues soziales Objekt, das an die dritte wirtschaftliche Säule angepasst ist, weit entfernt von einer karitativen oder geschäftsorientierten Vision der Sozialwirtschaft, wie sie von der Europäischen Kommission in ihrem Aktionsplan befürwortet wird. Letzterer schweigt sich zur Notwendigkeit der Ausarbeitung eines spezifischen Statuts aus. Die Kommission erwähnt nur die Existenz spezifischer Statuten einiger Mitgliedsländer, ohne jedoch die Debatte über deren Relevanz und noch weniger über die Harmonisierung zu eröffnen. Allerdings sind wir der Ansicht, dass die Sozialwirtschaft nicht auf „die Umsetzung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte“ (1) reduziert werden sollte, Prinzipien, die stark im Verdacht stehen, auf den kleinsten europäischen gemeinsamen Nenner abzuzielen.
Doch die aus den Parlamentswahlen 2013 hervorgegangene neue Regierung setzte den Erfahrungen der solidarischen Ökonomie in Luxemburg ein jähes Ende. Das ist so ziemlich das Ende der Bohnen für die Dynamik des „Think out of the box“. Die Bewegung wird auseinandergerissen und nach Interventionssektoren unterteilt. Ein Status für das Sozialunternehmen, die Societal Impact Company (SIS), ist schnell geschrieben. Vor allem wird es verwendet, um solidarische Initiativen kapitalistischer Unternehmen zu übernehmen, mit Steuerrückerstattungen als Bonus. Es wurden jedoch nur sehr wenige SIS geschaffen, was beweist, dass dieser Status nicht an die Bedürfnisse der Akteure angepasst ist und dass der fehlende Gewinn, wie man erwarten könnte, den kommerziellen Sektor nicht interessiert. Gleichzeitig wurde eine Luxemburger Union der Sozial- und Solidarwirtschaft (ULESS) unter der Ägide der Union der Luxemburger Unternehmen (UEL) gegründet. Es ist in der Tasche ! Es ist das Ende eines unabhängigen Sektors der Solidarwirtschaft.
Auf den ersten Blick preist der europäische Aktionsplan „Charity“ an, nennt sie als Beispiel, streichelt das Ehrenamt in Richtung der Haare. Vor allem zieht er eine klare und deutliche Grenze zwischen der Solidarität in der Wirtschaft, die an den Rand gedrängt werden muss, und der Marktanpassung (Kommodofizierung) des sozialen Sektors, der vor allem unter die Fuchtel der Marktwirtschaft fallen muss. Herr Schmit ist nicht innovativ, er schlägt vor, das, was er in Luxemburg experimentiert hat, auf europäischer Ebene umzusetzen.
ILES wird die Entwicklung der Sozial- und Solidarwirtschaft weiter verfolgen und bleibt ein kritischer Beobachter der politischen Entscheidungen, die wir ihr aufzuzwingen versuchen.

Abilio Machado und Romain Biever, Mitglieder des Luxembourg Institute for Solidarity Economy (ILES)
Design: Romain Biever
www.iles.lu

1. Europäische Kommission, Aufbau einer Wirtschaft im Dienste der Menschen: Aktionsplan für die Sozialwirtschaft (Mitteilung vom 9. Dezember 2021